



Ausschuss für Europa und Internationales

13. Sitzung (öffentlich)

26. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 15:52 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Alexander Happ, Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

4

Der Ausschuss beschließt, die Reihenfolge der ursprünglichen Tagesordnung zu ändern und TOP 2 – Stichwort: „Haushaltsgesetz 2024“ – als TOP 1 aufzurufen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlage 18/1429 (Erläuterungsband)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

2 Freiheit und Menschenrechte weltweit: NRW-Förderung für verfolgte, internationale Studierende **12**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5424

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Werner Pfeil (FDP), eine Anhörung durchzuführen. Diese soll am 12. Januar 2024 mit jeweils zwei Sachverständigen pro Fraktion stattfinden.

3 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten **13**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5387

– keine Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das von Dr. Werner Pfeil (FDP) vorgeschlagene Verfahren, sich an der im federführenden Wissenschaftsausschuss geplanten Anhörung mit dem Charakter eines Expertengesprächs nachrichtlich zu beteiligen.

4 Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der EU-Fördermittel aus? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]) **14**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1555

– Wortbeiträge

5 Was folgt aus der State-of-the-Union-Rede der Kommissionspräsidentin für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) **16**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1661

– Wortbeiträge

- 6 Fachkräftegewinnung und Anerkennung von Berufsqualifikationen** **18**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1662
- Wortbeiträge
- 7 Teilnahme NRWs an der EU-Ausschreibung zur Dekodierung von Falschinformationen?** **21**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1664
- Wortbeiträge
- 8 Repräsentanz NRWs im Vereinigten Königreich (VK) und zukünftige Forschungskoperationen** **23**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1663
- Wortbeiträge
- 9 Gespräch mit Seiner Exzellenz Herrn Ricardo Martínez Vázquez, Botschafter des Königreichs Spanien in der Bundesrepublik Deutschland** **25**
- 10 Verschiedenes** **38**
- keine Wortbeiträge

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt, die Reihenfolge der ursprünglichen Tagesordnung zu ändern und TOP 2 – Stichwort: „Haushaltsgesetz 2024“ – als TOP 1 aufzurufen.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlage 18/1429 (Erläuterungsband)

(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 23.08.2023, mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personenrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt)

Mit Blick auf die für die Sitzung am 3. November vorgesehene Aussprache und Abstimmung regt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** an, nach dem Bericht von Minister Nathanael Liminski lediglich Verständnisfragen zu klären und noch nicht in die Diskussion einzusteigen.

Schriftliche Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 02, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales fielen, müssten bis zum 29. September an die Staatskanzlei gerichtet werden. Die Staatskanzlei sei dazu angehalten, dem Ausschusssekretariat bis zum 20. Oktober die Antworten darauf im Rahmen eines schriftlichen Berichtes zu übermitteln.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) berichtet:

Meine Damen und Herren Abgeordnete, gerne führe ich in den Einzelplanentwurf für den Haushalt 2024 ein und beginne damit, auf die Lage in diesem Jahr zu schauen. Wir hatten im laufenden Haushalt 2023 einen erheblichen Aufwuchs im Bereich „Europa und Internationales“. Dadurch konnten wir wesentliche Anliegen der Landesregierung berücksichtigen und etwa neue Initiativen im Bereich „Europa“ wie die Initiative „Europa-Scheck“ auf den Weg bringen. Das sind – auch im Vorfeld der Europawahl im kommenden Jahr – wichtige Signale gewesen.

Die Lage, auch für die Haushaltsaufstellung, ist 2024 anders. Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Ihnen allen bekannt. Dementsprechend finden die Beratungen zum Landeshaushalt vor dem Hintergrund tiefgreifender weltpolitischer Umwälzungen statt. Der Bundeskanzler hat dafür das Wort der „Zeitenwende“ geprägt. Der Krieg in der Ukraine, die daraus resultierende Energiekrise, die steigenden Flüchtlingszahlen oder auch die erheblichen Steuerausfälle auf allen staatlichen Ebenen durch die notwendig gewordenen Entlastungspakete – all das sorgt dafür, dass sich zum einen die Steuereinnahmen deutlich verschlechtern und zum anderen andere Ausgaben damit verbunden sind.

Bei den Einnahmen will ich die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung – die dauerhaften Mehrausgaben für Wohngeld und das Deutschlandticket – sowie andere konjunkturbedingte Maßnahmen bzw. Mindereinnahmen in Erinnerung rufen.

Kurzfristig ist keine bessere Entwicklung zu erwarten: Das Wirtschaftswachstum wird absehbar niedrig bleiben. In Nordrhein-Westfalen haben wir im Gegenteil momentan sogar einen überdurchschnittlichen Einbruch zu verkraften. Dementsprechend rechnen wir zunächst einmal mit absehbar realistischen Steuermindereinnahmen. Diese erfordern eine strikte Ausgabendisziplin bzw. Konsolidierungsanstrengungen. Klar ist, dass wir die Vorgaben der Schuldenbremse 2024 einhalten, also ohne neue Schulden auskommen wollen; wir müssen es auch. Im Übrigen wäre es schwierig, zu begründen, wenn gerade jetzt, angesichts dieser bisherigen Entwicklungen, etwas Unvorhergesehenes eintreten würde.

Es bestehen keinerlei Reserven und kein finanzpolitischer Spielraum. Für alle Dinge, die man trotzdem tun will, um in dieser Zeit Politik zu gestalten, ist es notwendig, eine entsprechende Gegenfinanzierung im bestehenden Rahmen zu realisieren. Wir als Landesregierung werden dafür eine sparsame Haushaltspolitik im Haushalt 2024 verfolgen; das ist in der Aufstellung erkennbar.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dennoch auf das Thema „Kinder und Jugend“ bzw. deren Chancen zu fokussieren. Das ist der Grund, warum dieser Bereich von Einsparungen weitgehend ausgenommen worden ist. Im Umkehrschluss – das muss jedem klar sein – heißt das: Die anderen Bereiche müssen umso mehr einsparen. Anders ist so etwas nicht zu realisieren. Wenn ich im Bereich „Schule“ und im Bereich „Kinder und Jugend“ Einsparungen verhindern will, bedeutet dies für die anderen Häuser Mehreinsparungen. Darauf hat sich das Kabinett in zwei Eckwertebeschlüssen verständigt.

Auch als Chef der Staatskanzlei bin ich froh – wenn ich es bei der Gelegenheit sagen darf –, dass es möglich war, den Haushalt in diesem Geist und unter den beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen aufzustellen.

Unter diesen Voraussetzungen werden wir im Gesamthaushalt 2024, auch in unserem Ressort, dennoch Schwerpunkte setzen. Wir wollen es dadurch tun, dass wir mehr fokussieren und priorisieren; anders geht es nicht in solchen Zeiten. Dementsprechend wollen wir unsere Schwerpunkte in den Bereichen „Europa“ und „Internationale Angelegenheiten“ sichern. Was heißt das in konkreten Zahlen? Ich habe sie mir zukommen lassen: Für das Jahr 2024 werden rund 6,4 Millionen Euro für die Förderung von Projekten und Maßnahmen im Bereich „Europa“ und 10,5 Millionen Euro für den Bereich „Internationale Angelegenheiten“ veranschlagt. Im Umkehrschluss heißt das: Es sind Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 290.000 Euro im Bereich „Europa“ und 1,7 Millionen Euro im Bereich „Internationale Angelegenheiten“ vorgesehen.

Im Vergleich zu anderen Einzelplänen und zum Gesamthaushalt sind das überschaubare Beträge. In den jeweiligen Bereichen selbst können wir – das wissen Sie als aktive Parlamentarier in diesem Bereich – damit bestimmte Veranstaltungen, Initiativen und Projekte nicht mehr in gleicher Weise fördern wie bisher. Insofern

schneidet dies in bisherige Aktivitäten ein. Ich glaube aber, dass wir trotzdem Schwerpunkte setzen und auch Linien fortsetzen können.

Wir wollen die erfolgreichen Europaaktivitäten fokussiert fortsetzen. Ich will nur einige Beispiele nennen.

Erstens. Wir nehmen dabei besonders junge Menschen in den Fokus; mit Blick auf die Europawahlen ist dies ein Gebot der Stunde.

Zweitens. Wir setzen die Benelux-Zusammenarbeit intensiv fort und werden die Konkretisierung dieser Zusammenarbeit in Projekten wie etwa den Energiepartnerschaften oder dem Einstein-Teleskop vorantreiben. Zum Einstein-Teleskop findet zur Stunde eine Veranstaltung in Brüssel statt, bei der eine gemeinsame politische Absichtserklärung unterzeichnet wird. Für Nordrhein-Westfalen wird sie die Kollegin Türkeli-Dehnert aus dem Wissenschaftsressort unterzeichnen, da ich in diesem Ausschuss präsent bin. Das ist der nächste Schritt auf dem Weg hin zu einem festen Konsortium, das dieses Projekt realisieren soll. Sie sehen also: Wir bleiben da dran und erfüllen den Auftrag, den uns zumindest die vier demokratischen Fraktionen in diesem Landtag erteilt haben.

Ich komme drittens zu einem weiteren Punkt, den wir vorantreiben: unsere bilateralen Partnerschaften. Hervorheben will ich Hauts-de-France, Schlesien, Piemont, aber auch die Aktivitäten mit dem Vereinigten Königreich, ebenso mit Ghana in Afrika und mit Nordmazedonien. Diese Partnerschaften sind allesamt sehr vital. Wir gestalten diese Partnerschaften mit ganz konkreten Projekten, Initiativen und Terminen.

Viertens. Natürlich wollen wir auch unsere neue Partnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk in der Ukraine mit Leben füllen. Wir sind darum bemüht, dass wir neben staatlichen Hilfen und Städtepartnerschaften der Kommunen das Feld bzw. das Fundament derer verbreitern, die sich dort engagieren. Das ist der Grund, warum wir in diesem Jahr dieses kleine, aber feine Förderprogramm in die Welt gesetzt haben, mit dem wir Vereine und kommunale Initiativen dazu animieren und sie dabei unterstützen, ihrerseits einen Beitrag zu dieser Partnerschaft zu leisten. Wir wollen sehr früh darauf achten, dass es keine Partnerschaft zwischen zwei Regierungen oder zwischen vereinzelt Kommunen ist, sondern auch in der Breite der Gesellschaft verankert wird.

Weiter treiben wir trotz dieser Haushaltslage zudem die Aktivitäten rund um das NRW-USA-Jahr voran, das gut gestartet ist und zunehmend mit Leben gefüllt wird. Gleiches gilt auch für unsere Aktivitäten im Bereich „Israel“ mit dem Landesbüro in Tel Aviv sowie für alles rund um den internationalen UN-Standort Bonn und die kommunale Entwicklungsarbeit.

All diese Teilbereiche habe ich beispielhaft aufgezählt, um zu zeigen, dass wir als Landesregierung auch unter den schwierigen Haushaltsbedingungen des Jahres 2024 lange Linien, auch parteiübergreifende Linien, unserer Europa- und internationalen Politik fortsetzen.

Mit der Europawahl haben wir, wie vorhin schon gesagt, ein großes Ereignis vor uns, das uns auch mit Blick auf die aktuellen Umfragelage auf jeden Fall beschäftigen

wird. Dementsprechend wollen wir dazu animieren, dass alle Wahlberechtigten und besonders junge Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, da über die Zukunft Europas, Deutschlands und Nordrhein-Westfalens entschieden wird.

Ich gehe kurz auf einige Schwerpunkte im Kontext „Europa“ ein, die auch in diesem Ausschuss schon vielfach angesprochen worden sind. Mit dem Thema „Europa-Scheck“ wollen wir in diesen Wochen starten. Sie als Haushaltsgesetzgeber haben uns dazu entsprechende Mittel mitgegeben. Wir haben viele Fragen bezüglich der möglichst bürokratiearmen Administration und deren Ausgestaltung klären können. Wir wollen dazu beitragen, dass wir die Akteurinnen und Akteure in der Breite unterstützen, um Europa vor allen Dingen grenzüberschreitend im Rahmen von vielfältigen Initiativen mit Leben zu füllen. Die Finanzierung dazu ist über die bestehenden und bereiten Mittel gesichert.

Bezüglich der Europawahl selbst arbeiten wir sehr stark mit der Landeszentrale für politische Bildung zusammen, die in der Regel das Heft des Handelns in der Hand hat, wenn es um Initiativen vor Wahlen geht; wir als Europaressort unterstützen das.

Zu den sonstigen Europaaktivitäten. Wir stärken die bestehenden Programme mit dem Fokus auf junge Menschen. Das betrifft etwa „EU-Jugendbotschafter@school“, „#AzubiGoEU“, „Europa – Erleben und Lernen“, „EuroVisions“ und „NRW debattiert Europa“. Diese bestehenden Formate erfreuen sich großer Beliebtheit und erlangen dementsprechend auch zunehmend Reichweite, was in unser aller Interesse ist.

Wir wollen auch das europapolitische Engagement in der kommunalen Familie stärken. Dementsprechend werden wir wieder die Europawochen veranstalten. Sie werden übrigens so wie in diesem Jahr über mehrere Wochen gehen und nicht nur an einem Tag oder in einer Woche stattfinden. Das Petitum aus der Zielgruppe war, dafür mehr Zeit zu geben. Im Übrigen besteht auch mehr Raum für die Beteiligung von Landespolitik. Dementsprechend spreche ich gerade mit Blick auf die politisch sensible Zeit im nächsten Mai, die natürlich auch von Wahlkampf geprägt sein wird, eine herzliche Einladung aus. Beim Europawahlkampf gibt es oft viele Überschneidungen, sodass wir diesen Zeitraum auch für Aufklärungs- und Bildungsarbeit in diesem Bereich nutzen können.

Die beiden Programme „Europaaktive Zivilgesellschaft“ und „Europaaktive Kommune“ werden wir fortsetzen. Ebenso werden wir das Format fortsetzen, aus dessen Anlass wir gestern den spanischen Botschafter, der gleich im Ausschuss sein wird, zu Gast hatten: „Europa in Nordrhein-Westfalen“, also das traditionelle Treffen zur Halbzeit der Präsidentschaftswahl mit dem Botschafter des Landes, das die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Einige von Ihnen waren dabei. Das hat mich sehr gefreut. Es war eine sehr gute und auch gut besuchte Veranstaltung im Landeshaus.

Ein zweiter Schwerpunkt neben Europa ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Jahr 2024 sind wir Gastgeber der Grenzlandkonferenz in Krefeld. Dieses Jahr sind wir im Dezember in Nimwegen. Wir werden auch mit der neuen niederländischen Regierung an den Themen weiterarbeiten, die uns beschäftigen. Morgen werde ich an einer Videokonferenz der Steuerungsgruppe teilnehmen und erstmals

auf meinen neuen Kollegen treffen, da dessen Vorgängerin Außenministerin geworden ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir die Themen im gleichen Geist vorantreiben.

In Bezug auf das „Einstein-Teleskop“ – ich habe eben schon etwas dazu gesagt – unterlegen wir die politische Arbeit dafür mit entsprechendem Geld im Haushalt. Uns liegt daran, den Auftrag aus dem Landtag umzusetzen. Es wäre auch ein gutes Signal, wenn Europa und Nordrhein-Westfalen sich das zutrauen.

Neben Europa und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bilden die Partnerschaften einen dritten Schwerpunkt. Diesbezüglich stehen im nächsten Jahr einige Jubiläen an, etwa das 20-jährige Bestehen unserer Zusammenarbeit mit Hauts-de-France beziehungsweise das zehnjährige Bestehen der formalisierten Partnerschaft. Diese sehr vitale Partnerschaft wollen wir entsprechend würdigen. Außerdem werden wir die Zusammenarbeit im Kontext des Regionalen Weimarer Dreiecks mit einer Erneuerung der gemeinsamen Erklärung unterlegen. Im nächsten Jahr steht auch der 20. Jahrestag der EU-Osterweiterung an. Dieses Thema beschäftigt uns in Nordrhein-Westfalen vielfach.

Wir werden an der Vertiefung der Beziehungen zum Vereinigten Königreich weiterarbeiten. Ich hatte kürzlich den – wenn man so will – britischen Europaminister zu Gast und habe mich außerdem mit dem Generalkonsul ausgetauscht. Nachdem wir im ersten Lenkungsausschuss den Schwerpunkt auf das Thema „Schule“ gelegt haben, wollen wir beim nächsten Mal das Thema „Forschungskooperationen“ in den Blick nehmen. Dieses Format wird nicht nur im Vereinigten Königreich sehr geschätzt, sondern offenkundig auch unter den Länderkollegen, denn Bayern hat dieses Format letztlich – das meine ich positiv – kopiert und sogar die Namensgebung übernommen. Das hat mir der britische Kollege mitgeteilt, der das gemeinsam mit meiner Amtskollegin Frau Huml in München beschlossen hat. Das zeigt: Wir machen mit den Formaten, die diese Kooperation mit Leben füllen, offenkundig Schule.

Das waren die Schwerpunkte im Bereich „Europa“, also die Europaarbeit selbst, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und das Thema „Partnerschaften“. Ich führe kurz noch einige Schwerpunkte im Kontext „Internationales“ aus.

Die Unterstützung der Ukraine wird uns in dem von mir mehrfach geschilderten Sinne weiter beschäftigen, nämlich die akute Direkthilfe, der Wiederaufbau und auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei Zukunftsthemen. Der Kriegsverlauf ist nicht vorhersehbar, aber wir haben auf jeden Fall finanziell Vorsorge getroffen, dass wir diese Partnerschaft auch vonseiten der Landesregierung entsprechend unterlegen können.

Der zweite Schwerpunkt im Bereich „Internationales“ ist der Ausbau der Beziehungen zu Nordamerika beziehungsweise die Fortsetzung des NRW-USA-Jahres. Der Start war gut. Nun bestehen – das freut mich wirklich – in der Tiefe und auch in der Weite des Landes Aktivitäten: vom Gartenfest bis zu größeren Veranstaltungen. Genau das haben wir uns darunter vorgestellt, nämlich die ganze Bandbreite des Miteinanders mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu zeigen. Wir wollen dafür eine Bühne bieten, und die Angebote werden angenommen. Schauen Sie gerne auch einmal auf der Webseite vorbei: nrw-usa.nrw. Ich selbst werde im November

in die USA reisen, dort unsere Partnerregion Pennsylvania besuchen, diesen Aufenthalt mit einigen medienpolitischen Terminen verbinden und auf diese Weise auch meinen Beitrag zum NRW-USA-Jahr leisten.

Ein dritter Schwerpunkt neben der Ukraine und dem NRW-USA-Jahr sind die engen Beziehungen mit Israel. Wir haben uns im Koalitionsvertrag verschiedenste Dinge vorgenommen, die ich jetzt nicht alle einzeln aufzählen will. Sie kennen diese auch aus der Vorbereitung. Wir werden im nächsten Jahr auch insofern einen Schwerpunkt haben, als wir vor der Erneuerung unserer gemeinsamen Absichtserklärung mit der Gedenkstätte Yad Vashem stehen. Das verbindet uns parteiübergreifend, zumindest größtenteils. Auch der Ministerpräsident selbst will nach Israel fahren. Im Rahmen meines Besuchs im Juli habe ich das entsprechend vorbereitet.

Neben dieser Partnerschaft mit Israel gilt das auch für die Partnerschaft mit Japan. Aus der Reise des Ministerpräsidenten im Juni sind vielfache Kooperationen auch zwischen Unternehmen und Universitäten erwachsen, die jetzt vorangetrieben werden sollen.

Ghana habe ich eben erwähnt. Der Verwaltungsaustausch ist sehr vital. Innerhalb von zwei bzw. drei Monaten waren zwei Gruppen mit Vertretern aus verschiedensten Bereichen dort. Wir können dazu etwas beitragen. Abschließend zu diesem Schwerpunkt nenne ich Nordmazedonien und Kosovo, wo wir in Bezug auf den Bereich „Fachkräfte“ viel unterwegs sind. Dazu hatte ich bereits in meinem Reisebericht von März ausgeführt.

Neben der Ukraine, dem NRW-USA-Jahr und diesen Partnerschaften gibt es noch einen vierten Schwerpunkt, nämlich die Weiterentwicklung des UN-Standorts Bonn. Wir verstetigen die dort bisher unternommenen Dinge. Vor allen Dingen bemühen wir uns um eine Profilierung des Standorts im Kontext der Bonn-Berlin-Gespräche. Mit der Bundesministerin Frau Geywitz haben wir dazu Anfang September in Bonn ein gutes Gespräch geführt. Sie hat einen sehr verbindlichen Fahrplan zugesagt, der Ende dieses Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres zu Klarheit über die Projekte sowohl zwischen Bund und Region als auch unter den Ressorts im Bund führt, die dann tatsächlich im Rahmen eines Zusatzvertrags seitens der Bundesregierung in Angriff genommen werden; so viel zum Thema „Bonn-Berlin“.

Um unsere gemeinsamen Aktivitäten für den UN-Standort zu dokumentieren, werden wir übrigens am 24. Oktober zusammen mit dem Auswärtigen Amt und der Bundesstadt einen größeren Empfang in Bonn ausrichten. Dazu werden wir die Einladung natürlich weitergeben.

Neben der Ukraine, dem NRW-USA-Jahr, den Partnerschaften und dem UN-Standort gehe ich noch auf einen fünften Schwerpunkt im Bereich „Internationales“ ein: die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie wissen, dass es uns ein großes Anliegen ist, die entwicklungspolitischen Initiativen in den Kommunen vor Ort zu fördern. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine ganz besondere Infrastruktur und auch ein ganz besonderes Engagement. Dementsprechend ist uns daran gelegen, das zu erhalten, teilweise gemeinsam mit dem Bund. Angesichts der finan-

ziellen Voraussetzungen ist das nicht ganz leicht, aber ich glaube, dass wir das im Kern erreichen und diese Aktivitäten entsprechend fortsetzen können.

Eingangs habe ich auf die schwierige Haushaltsslage hingewiesen. Der weitere Vortrag hat hoffentlich gezeigt, dass es auch unter diesen Bedingungen möglich sein wird, durch Fokussierungen und Priorisierungen Politik zu machen. Man muss in solchen Zeiten entscheiden, was man tun kann und tun will und was man eben nicht mehr tun oder vielleicht vorerst nicht tun kann. Diesen Gestaltungsanspruch umzusetzen, ist nicht nur der Wille dieser Landesregierung, sondern liegt aus meiner Sicht auch im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Inge Blask (SPD) bittet Minister Liminski darum, dem Ausschuss so schnell wie möglich Informationen zum Thema „Europa-Schecks“ zukommen zu lassen. – **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** sichert dies zu.

2 Freiheit und Menschenrechte weltweit: NRW-Förderung für verfolgte, internationale Studierende

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5424

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – und den Wissenschaftsausschuss am 24.08.2023)

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Werner Pfeil (FDP), eine Anhörung durchzuführen. Diese soll am 12. Januar 2024 mit jeweils zwei Sachverständigen pro Fraktion stattfinden.

3 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5387

(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss – federführend –, den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie den Ausschuss für Europa und Internationales am 24.08.2023)

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das von Dr. Werner Pfeil (FDP) vorgeschlagene Verfahren, sich an der im federführenden Wissenschaftsausschuss geplanten Anhörung mit dem Charakter eines Expertengesprächs nachrichtlich zu beteiligen.

4 **Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der EU-Fördermittel aus?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1555

Josef Neumann (SPD) hebt die Bedeutung von EU-Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) als zentrale Förderinstrumentarien für das Land NRW hervor. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, ob unerhebliche Kürzungen im Haushaltplanentwurf 2024 bezüglich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, etwa bei der Armutsbekämpfung mit Blick auf Langzeitarbeitslosigkeit, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Umstrukturierung der EU-Fördermittel durch das Europäische Parlament stünden oder ob das Land unabhängig davon darüber zu entscheiden gedenke.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) geht auf das Thema „Kohäsionspolitik“ ein. Bestrebungen der EU, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgrund finanzieller Rahmenbedingungen auf Regionen mit akutem Aufholbedarf zu beschränken, bereite der Landesregierung Sorge. Im Gegensatz dazu bestehe die Notwendigkeit, einen vorausschauenden Ansatz zu verfolgen und alle Regionen zu berücksichtigen, um möglichen Defiziten noch vor deren Entstehung entgegenzuwirken. Gelingen könne dies allerdings nur, wenn mittelfristig hinreichende finanzielle Mittel durch die EU bereitgestellt würden. Andernfalls drohten absehbare Verteilungskämpfe.

Gerade das Land Nordrhein-Westfalen sei in Anbetracht seiner Industriestruktur in besonderem Maße von einer wirtschaftlichen Transformation betroffen und könnte einen Mehrwert aus einer präventiven Kohäsionspolitik ziehen. Gleiches gelte beispielsweise auch für Baden-Württemberg. Letztlich würde die gesamte EU von einem solchen vorausschauenden Ansatz profitieren. Das habe die Landesregierung bei den Beratungen der deutschen Ministerpräsidenten in Brüssel sowohl gegenüber Kommissionspräsidentin von der Leyen als auch dem zuständigen Kommissar zum Ausdruck gebracht. Die Kommissionspräsidentin habe eine Berücksichtigung dieses Ansatzes in Aussicht gestellt, und auch der Europäischen Kommission insgesamt sei bewusst geworden, dass ein Niedergang des industriellen und wertschöpfenden Zentrums von Europa in niemandes Interesse läge.

Die von seinem Vorredner angesprochenen Maßnahmen des MAGS bzw. vorgesehene Kürzungen im Rahmen der Haushaltsplanung entzögen sich zumindest im Detail seiner Kenntnis. Er wisse allerdings, dass Minister Laumann den Fokus auf bestimmte Zielgruppen lege, darunter die 60.000 jungen Menschen ohne Schulabschluss in NRW. Dieses brachliegende Potenzial zu nutzen, auch mit Mitteln des ESF, sei in mehrfacher Hinsicht das Gebot der Stunde. Einerseits eröffne sich für die Betroffenen eine neue Perspektive, ihr Leben zu gestalten. Andererseits könne der Fachkräftemangel auf diese Weise abgefedert werden. Außerdem würden die Sozialsysteme entlastet, wenn diese 60.000 Menschen ihre Existenz eigenständig sichern könnten. Er

wolle allerdings nicht verhehlen, dass als Konsequenz dieser großen Kraftanstrengung möglicherweise an anderen Stellen ESF-Mittel eingespart werden müssten.

LMR'in Kirsten Kötter (MWIKE) verneint einen infolge der Veränderungen im Haushaltsplan vermuteten Anpassungsbedarf bei den bestehenden Förderprogrammen. Letztere seien aufgrund der späten Genehmigung erst Anfang dieses Jahres in die neue Phase gestartet. Etwa die Hälfte der Fördermaßnahmen befinde sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Umsetzung. Der Aufruf von Wettbewerben sei abgeschlossen worden. Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie nehme ein regelmäßiges Monitoring der Fördermaßnahmen vor, um potenziellen Änderungsbedarf zu erkennen.

In den Bereichen „Armutsbekämpfung“ und „Langzeitarbeitslosigkeit“ enthalte die Finanzplanung in Bezug auf ESF-Mittel bislang keine Kürzungen, fügt **RR Dr. Gero Scheiermann (MAGS)** hinzu. Vielmehr würden insbesondere die Programme zur Armutsbekämpfung wie die „Kümmerer“-Projekte und „Zusammen im Quartier“ fortgesetzt und auch die Beratungsstellen für Langzeitarbeitslose aufrechterhalten. Die geplante Änderung der Finanzplanung im Zuständigkeitsbereich des MAGS betreffe die stärkere Förderung bestimmter Gruppen, wie von Minister Liminski ausgeführt. Das Ministerium werde diese Änderung im nächsten ESF-Begleitausschuss vorstellen.

Josef Neumann (SPD) stellt in Bezug auf die Programme des EFRE die Frage, ob sich die Zielgruppen veränderten oder so wie bisher definiert blieben.

Sie könne eine Beibehaltung der bisherigen Parameter analog zur aufgrund der „n+3“-Regel faktisch erst Ende dieses Jahres auslaufenden Förderperiode 2014–2020 bestätigen, so **LMR'in Kirsten Kötter (MWIKE)**. Zwar liege der Fokus in der neuen Programmphase stärker auf kleinen und mittleren Unternehmen, aber gleichsam würden die Hochschulen, die Kommunen sowie das breite Spektrum aus Vereinen, Verbänden und Stiftungen weiterhin gefördert.

Für die Jahre 2021 bis 2026 bestehe im Zusammenhang mit dem EFRE richtigerweise ein legislaturübergreifender Plan, hebt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** in Bezug auf den Bericht der Landesregierung hervor. Aktuell befinde sich die vorangegangene Förderperiode noch in der Umsetzung, während die neue, bis 2026 laufende Förderperiode bereits begonnen habe. Die festgelegten und von der Landesregierung berücksichtigten Schwerpunkte einschließlich der in der vergangenen Legislaturperiode erfolgten Nachjustierungen entfalteten in allen Regionen von NRW ihre Wirkung. Eine große Relevanz wohne dabei dem vorausschauenden Einsatz der EFRE-Mittel inne, um Problemen vor allem auf kommunaler Ebene frühzeitig entgegenzuwirken. Gerade dort bestehe ein hoher Bedarf.

5 Was folgt aus der State-of-the-Union-Rede der Kommissionspräsidentin für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1661

Bei der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens 2021–2027 seien zahlreiche offene Fragen zutage getreten, so **Inge Blask (SPD)**, unter anderem in Bezug auf den Haushalt 2024 und Eigenmittel der EU. Es interessiere sie, wie sich die Landesregierung diesbezüglich positioniere.

Vor dem Hintergrund der NRW-Nachhaltigkeitstagung stellt die Abgeordnete die ergänzende Frage, wie die Landesregierung zu einer nachhaltigeren Gestaltung der öffentlichen Beschaffung in NRW stehe. Auch auf EU-Ebene stelle ein fairer Wettbewerb eine große Herausforderung dar.

Josef Neumann (SPD) bittet die Landesregierung, dazulegen, was das innerhalb der EU wichtige Thema „Schlüsseltechnologien“ für das Land NRW bedeute und welche Erwartungen seitens der Landesregierung bestünden, bestehende Technologien zu stärken und neue Technologien voranzubringen.

Die Landesregierung habe die State-of-the-Union-Rede positiv wahrgenommen, schildert **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**, da viele nordrhein-westfälische Anliegen wie etwa die Themen „Transformation“ als ganzheitlicher Prozess und „Entbürokratisierung“ grundlegende Berücksichtigung fänden. Eine Reduzierung der Berichtspflichten um 25 %, wie von der Kommissionspräsidentin in gemeinsamen Gesprächen bezüglich des Bürokratieabbaus in Aussicht gestellt, wäre eine enorme Erleichterung für den Wirtschaftsstandort Europa.

Einen realistischen Blick habe sie auch auf das Thema „Fachkräfte“.

Zudem teile die Landesregierung die Sichtweise der Kommissionspräsidentin in Bezug auf eine strategische Unabhängigkeit Europas, insbesondere vor dem Hintergrund der Coronapandemie und des russischen Angriffs auf die Ukraine. Schlüsseltechnologien spielten dabei eine entscheidende Rolle und müssten in der politischen Arbeit entsprechende Berücksichtigung finden. Eine große Chance für die Einheit Europas und eine gemeinsame Perspektive eröffne sich, wenn ökonomische Widerstandsfähigkeit auf europäischer Ebene organisiert werde und auch kleine Mitgliedsstaaten einen Beitrag dazu leisteten, etwa durch bestimmte Rohstoffe, Fertigkeiten, Fähigkeiten oder Technologien.

Ein Land wie NRW im Herzen Europas sei angesichts seines industriellen Potenzials von entscheidender Bedeutung. Dies spiegele etwa die Dichte an IPCEI-Projekten wider. Im Kontext der in Brüssel geführten Gespräche habe er wahrgenommen, dass eine regionale Konzentration dieser Projekte nicht etwa kritisch, sondern vielmehr als Maßnahme zur Sicherung von Schlüsseltechnologien im Zuge der Transformation

betrachtet werde. Deshalb bestehe die berechtigte Hoffnung, weitere IPCEI-Projekte in NRW ansiedeln zu können.

Bezüglich einer gesteigerten Nachhaltigkeit bei der öffentlichen Beschaffung besitze er keine Kenntnis über die Existenz entsprechender Initiativen oder Bestrebungen hin zu einem verpflichtenden Tariftreue- und Vergabegesetz. Gleichwohl begegne die Landesregierung diesem Sachverhalt mit einer erhöhten Sensibilität, wie auch dem Koalitionsvertrag entnommen werden könne. Zudem bestehe im Landtag Einigkeit darüber, dass der öffentlichen Hand beim Thema „Vergabe“ eine Leitfunktion zufalle. Allerdings herrschten unterschiedliche Auffassungen darüber, auf welchen Wegen bzw. mit welchen Mitteln mehr Nachhaltigkeit zu erreichen sei.

Seitens der Landesregierung bestehe die Hoffnung, dass bis zum Ende der spanischen Ratspräsidentschaft noch viele Dossiers im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung der EU zum Abschluss gebracht werden könnten. Wer relevante Aspekte gesichert wissen wolle, müsse ein Interesse daran haben, bis Dezember zu Entscheidungen zu kommen. Danach breche in Anbetracht der bevorstehenden Europawahl unter belgischem Ratsvorsitz eine Phase an, in der voraussichtliche nur wenige Entscheidungen gefällt würden. Anschließend übernahmen Ungarn und Polen in direkter Folge die Ratspräsidentschaft. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen könne es erforderlich sein, Kompromisse einzugehen, statt auf 100-Prozent-Lösungen zu beharren. Unter Umständen müssten manchmal 50 Prozent ausreichen, um überhaupt zu einer Verständigung zu kommen.

6 Fachkräftegewinnung und Anerkennung von Berufsqualifikationen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1662

Josef Neumann (SPD) macht auf die schwierigen Begleitumstände bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen für nicht nur außer-, sondern auch innerhalb von Europa zugewanderte Fachkräfte aufmerksam. Die Folgen des bislang uneinheitlichen Verfahrens in den EU-Mitgliedsstaaten zeige sich insbesondere im Gesundheitswesen und in der freien Wirtschaft. Von der Landesregierung wolle er daher wissen, ob sie erwarte, dass sich die diesbezüglichen Ankündigungen der Kommissionspräsidentin mit den Zielen der Fachkräfteoffensive NRW deckten. Zudem interessiere es ihn, ob die Landesregierung EU-Regelungen zur gesamteuropäischen Vereinfachung der Fachkräftegewinnung für möglich halte.

Aus dem Bericht des MAGS zitierend, hebt **Dr. Werner Pfeil (FDP)** die dort thematisierte EU-Richtlinie 2005/36/EG für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen hervor, die allerdings keine Anwendung auf Drittstaatsangehörige finde. Somit fielen 83 Prozent der insgesamt bearbeiteten Verfahren aus dem Raster.

Zwar gebe die Landesregierung die Rechtslage wieder, mache aber keine Angaben zur Anwendung des nordrhein-westfälischen Verfahrens, das die Vorgängerregierung durch die Konzentration der Abwicklung auf die Bezirksregierungen versucht habe, zu verbessern. Unklar bleibe deshalb, ob es zu einer Beschleunigung des Verfahrens gekommen sei oder nachjustiert werden müsse. Da einzelne Anerkennungsverfahren über die Handwerkskammern liefen, gelte es zudem, weitere Ebenen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund werde seine Fraktion für die nächste Sitzung weitere Informationen über die Situation in NRW anfordern.

Die Kritik seines Vorredners am Bericht von Minister Laumann strikt zurückweisend, kommt **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** auf die Langfristigkeit der Probleme bei der Fachkräftegewinnung vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Krise infolge des Ukraine-Kriegs sowie der Energie- und der Flüchtlingskrise zu sprechen. Am Ende der Legislaturperiode werde den Landtag kein anderes Thema so sehr beschäftigt haben. Strukturell stelle es den Standort bzw. das Land NRW vor eine der größten Herausforderungen. Nachfolgend wolle er einige Schlaglichter darauf werfen.

Über Ministerien hinweg verfolge die Landesregierung im Sinne der Fachkräftegewinnung einen ganzheitlichen Lösungsansatz, um den Wohlstand in NRW zu sichern. Dabei würden einfach umsetzbare ebenso wie strukturell komplexe Maßnahmen etwa mit Blick auf die Höhe der Aufwendungen oder den Suchradius in den Fokus genommen. Gemeinsam mit dem MAGS versuche das MBEIM darüber hinaus, geeignete Methoden für die Fachkräftezuwanderung zu entwickeln. Lernen könne man dabei sowohl

aus den guten Beispielen, etwa bei den Neuankömmlingen aus Jordanien und Ägypten, wie auch aus den schlechten Beispielen.

Die Zentralisierung des Anerkennungsverfahrens weiter zu beschleunigen, wie von seinem Vorredner angesprochen, spiele für NRW als Wirtschaftsstandort eine entscheidende Rolle. Bei den Fachkräften sei das Land noch weit entfernt von den notwendigen Zuwächsen, die allerdings auch zielgenau sein müssten und die Aufnahmefähigkeit des hiesigen Arbeitsmarktes nicht überfordern dürften. Aus Gesprächen mit Minister Laumann wisse er, dass der Schwerpunkt dieser Verfahren mit 70 Prozent im medizinischen Bereich liege, also vor allem Ärzte und Krankenpfleger betreffe. Diesbezüglich drohten ohne Beschleunigung nicht nur wirtschaftliche Schwierigkeiten infolge des Fachkräftemangels, sondern auch ein soziales Problem bei der Versorgung von Kranken und Senioren.

In Bezug auf die Anerkennung von Berufsabschlüssen auf europäischer Ebene Sorge die mangelnde Regulierung immer wieder für Verwunderung. Zum Beispiel bestehe trotz der Grenzlandagenda selbst mit den Niederlanden als direktem Nachbarn keine klare und an sich mit überschaubarem Aufwand zu erreichender Absprache über ein einheitliches Verfahren. NRW habe es selbst in der Hand, hierbei Fortschritte zu erzielen.

Zu viele Hemmnisse, darunter nationale Vorschriften, verhinderten bislang die Schaffung eines einheitlichen, grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes mit den Niederlanden und Frankreich, so **Dr. Werner Pfeil (FDP)**. Erschwerend hinzu kämen die jeweiligen Interessen jedes Landes und die Angst der Nachbarländer, dass Arbeitskräfte nach Deutschland abgeworben werden könnten. Eine Lösung dafür sei nur unter Beteiligung des Bundes und der Nachbarländer möglich.

RB'e Dr. Petra Reuter (MAGS) macht auf das Bestehen automatischer Anerkennungsverfahren zumindest für Personen mit innerhalb der EU erworbenen Berufsqualifikationen aufmerksam. Diese griffen im Wesentlichen bei Ingenieuren, Ärzten, Krankenpflegern und Hebammen als große sowie besonders reglementierte Berufsgruppen. Ins Stocken gerate die ehemals hohe Zahl von Anerkennungen, etwa bei Arbeitskräften aus EU-Ländern mit schlechteren Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor wie Ungarn und Bulgarien, nicht aufgrund einer fehlenden Regulierung, sondern mittlerweile wegen eines Mangels an Fachkräften mit der Bereitschaft, eine Stelle außerhalb des Heimatlandes anzunehmen.

Drastisch steige im Zusammenhang mit Berufsankennungen indessen die Anzahl von aus Drittstaaten zugewanderten Fachkräften an, vornehmlich im Bereich der Gesundheitsberufe. Handwerksberufe zum Beispiel spielten als nicht reglementierte Berufe hingegen kaum eine Rolle, schließlich dürfe hier ohne eine Berufsankennung gearbeitet werden. Im vergangenen Jahr habe es in NRW insgesamt etwa 122.000 Berufsankennungen gegeben.

Einen für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales erstellter Bericht zum Thema „Berufsankennung“ könne sie auch dem Ausschuss für Europa und Internationales zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld meldet für den AEI Interesse an diesem Bericht an.

7 Teilnahme NRWs an der EU-Ausschreibung zur Dekodierung von Falschinformationen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1664

Inge Blask (SPD) erkundigt sich, ob Sicherheitsbehörden des Landes wie insbesondere der Verfassungsschutz an der Ausschreibung beteiligt seien, welche regierungsfernen Einrichtungen sich über das Bonn Institute hinaus beteiligten und ob es zu diesem Thema in den sozialen Netzwerken eine Aufklärungskampagne der Landesregierung geben werde.

Da es sich seiner Kenntnis entziehe, ob der Verfassungsschutz eingebunden sei, sichert **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** zu, dieser Frage seiner Vorrednerin nachzugehen. Zudem wisse er nichts über mögliche weitere Bewerbungen aus NRW, denn das Verfahren laufe staatsfern ab, wie von der Abgeordneten Blask bereits aufgeführt. Demnach gebe es auch keine Meldepflicht gegenüber der Landesregierung. Die Bewerbungsfrist sei erst vor Kurzem ausgelaufen, weshalb noch keine konkreten Informationen darüber hätten eingeholt werden können. Dies solle nun im Nachgang geschehen.

Über die EU-Ausschreibung hinaus existierten jedoch noch weitere Projekte im Sinne des Kampfes gegen Desinformation, so etwa der Aktionsplan gegen Desinformation des Bundes. Während der Bund aber den Fokus auf sicherheitspolitische Aspekte lege, setze das Land ergänzend dazu mit Blick auf die Prävention einen medien- bzw. gesellschaftspolitischen Fokus. Gegenseitige Abstimmungen erfolgten in einer Arbeitsgruppe. Darüber hinaus begreife die Landesregierung ohnehin schon bestehende Aktivitäten als Beitrag im Kampf gegen Desinformation.

Zwar plane die Landesregierung keine dem Aktionsplan des Bundes entsprechende eigene Aufklärungskampagne, gleichwohl bestehe dazu noch die Möglichkeit. Unabhängig davon existierten verschiedene Maßnahmen der Landesmedienanstalt sowie der Landesregierung, darunter etwa der #DigitalCheckNRW mit Nutzerzahlen im sechsstelligen Bereich.

Zeitgemäße Medienpolitik könne sich heute nicht mehr darauf beschränken, lediglich angemessene Rahmenbedingungen für Medienakteure zu schaffen, sondern sie müsse selbst aktiv ins Geschehen eingreifen. Erstens bestehe ihre Aufgabe im Bereich der Restriktion zum Beispiel darin, gemeinsam mit der Landesmedienanstalt verbindliche Verhaltensregeln im digitalen Raum durchzusetzen. Zweitens gehe es im Bereich der Prävention um die Ertüchtigung von Bürgerinnen und Bürgern im Umgang mit Fake News zum Zwecke einer höheren Sensibilität.

Diesem Anspruch zu 100 % Genüge zu tun, werde nie gelingen. Doch da die wehrhafte Demokratie als ein hohes Gut geschützt werden müsse, dürfe der Landesregierung im Kampf gegen Desinformation bzw. im Kampf für Medienkompetenz keine Anstrengung zu groß sein. Maßnahmen müssten darauf ausgerichtet sein, die breite Masse statt

nur einen exklusiven Zirkel auf Kongressen und Symposien zu erreichen. Gerade auch durch die Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz, die ihn mit Sorge erfüllten, würden die Herausforderungen immer größer. Diesbezüglich seien die bestehenden Regulierungen bei Weitem noch nicht ausreichend.

8 Repräsentanz NRWs im Vereinigten Königreich (VK) und zukünftige Forschungsk Kooperationen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1663

Josef Neumann (SPD) fragt, wie der erklärte Anspruch der Landesregierung, die Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit grundsätzlich zu erneuern, mit der tatsächlichen Repräsentanz des Landes im Vereinigten Königreich in Einklang gebracht werden könne. Letztere bestehe im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags mit NRW.Global Business nur in einem Umfang von zehn Manntagen pro Monat. Es handele sich beim Vereinigten Königreich schließlich um einen bedeutenden Handelspartner. Außerdem bestehe aus der Historie heraus eine Verbundenheit zwischen NRW und Großbritannien.

Darüber hinaus erinnere er an die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission. Im Vergleich zu anderen Repräsentanzen auch außerhalb der EU betreibe NRW in Großbritannien einen eher geringen Aufwand.

Angesichts der derzeitigen Haushaltsrestriktionen bestehe keine Möglichkeit zu einem Ausbau der zugegebenermaßen überschaubaren Repräsentanz, weshalb die Landesregierung den Fokus auf einen wirtschaftlichen Austausch über NRW.Global Business als Dienstleister lege, führt **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** vor Augen. Allerdings wolle er einen solchen Ausbau für die Zukunft nicht ausschließen, etwa in Form eines Landesbüros, ähnlich dem Landesbüro in Israel, oder einer Repräsentanz.

Zudem erschöpfe sich das Vorhaben einer verstärkten Zusammenarbeit mit Großbritannien nicht allein darin, sondern es bestünden auch andere Formate der Zusammenarbeit. Zum einen sei diesbezüglich der Lenkungsausschuss zu nennen, zum anderen würden gemeinsame Initiativen wie die Einrichtung einer Zugstrecke zwischen Köln und London vorangetrieben. Nicht zuletzt forcieren das Land den Schüler- bzw. Studentenaustausch, damit insbesondere die junge Generation die Verbindung zum Vereinigten Königreich und seiner Kultur nicht verliere.

NRW werde auch im Vergleich zu anderen Bundesländern im Vereinigten Königreich als starker Partner wahrgenommen, wie der Staatsminister für Europa und Nordamerika, Leo Docherty, bei einem Besuch habe anklingen lassen. Diesen besonderen Anspruch dürfe das Land nicht aufgeben, darüber herrsche Einigkeit.

Inge Blask (SPD) möchte wissen, wann der Lenkungsausschuss zuletzt mit welchem Schwerpunktthema und welchen Ergebnissen getagt habe.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) nennt die Initiativen und den Erfahrungsaustausch im Bereich „Schüler und Studierende“ als das Schwerpunktthema des jüngsten Lenkungsausschusses im März, in dessen Anschluss eine Veranstaltung mit der britischen Botschafterin stattgefunden habe. Beim nächsten Ausschusstermin im Frühjahr

2024, erneut mit der Botschafterin sowie dem neuen Generalkonsul, stünden dann Forschungsk Kooperationen im Vordergrund. Darüber hinausgehend gebe es regelmäßige und von Wertschätzung geprägte Gesprächskontakte mit der britischen Regierung.

Insgesamt betrachtet, würden die im Lenkungsausschuss besprochenen Maßnahmen realisiert, was er für wichtiger halte, als die bloße Taktung von Terminen zu erhöhen. Dazu zählten das Stipendienprogramm „nrw:exchange“ oder der nordrhein-westfälische Einsatz für die EU-Mobilität der Briten in Deutschland. Auch das Schulministerium engagiere sich trotz schwierigerer Rahmenbedingungen als vor dem Brexit sehr stark für das Vorhaben, viele Schülerinnen und Schüler für Austauschprogramme zu begeistern.

Inge Blask (SPD) bittet Minister Liminski um Auskunft darüber, welche Kriterien für die Einrichtung von Auslandsbüros beispielsweise in Israel oder Großbritannien angelegt würden, ob konkrete Vereinbarungen mit dem Vereinigten Königreich zur Energiesicherung insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien getroffen worden seien und ob sich neue Entwicklungen bei der auch im Koalitionsvertrag thematisierten Schienenverbindung zwischen Köln und London ergeben hätten.

Auf die Zuständigkeit von Minister Oliver Krischer (MUNV) verweisend, teilt **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** mit, dass er keinen konkreten Sachstand zur Schienenverbindung nenne könne. Es fehle aufseiten der Landesregierung jedenfalls nicht am Willen, die Machbarkeit dieses Vorhabens zu prüfen. Ein Treffen mit interessierten Unternehmen habe bereits stattgefunden.

Bezüglich der erneuerbaren Energien habe Wirtschaftsministerin Mona Neubaur im Februar 2023 eine Auslandsreise zum Thema „Wasserstoff“ nach Edinburgh unternommen. Die Landesregierung sehe darin durchaus Potenzial.

Die Einrichtung des Auslandsbüros in Israel diene dem Ziel, neben der wirtschaftlichen auch die kulturelle Kooperation, vor allem die Bildungs- und Gedenkarbeit, zu fördern und darüber hinausgehenden Berührungspunkten Rechnung zu tragen. Dort gelte es, die wirtschaftliche Kooperation noch stärker in den Fokus zu rücken.

9 Gespräch mit Seiner Exzellenz Herrn Ricardo Martínez Vázquez, Botschafter des Königreichs Spanien in der Bundesrepublik Deutschland

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich begrüße den spanischen Botschafter. – Herzlich Willkommen. Es ist schön, dass Sie hier sind.

Der Minister hat einen Anschlusstermin.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM): Exzellenz weiß, dass ich an einer Schalte mit dem Kanzleramt und den Koordinatoren der Bundesregierung teilnehmen muss, um das weitere Vorgehen zum Thema „Planungsbeschleunigung“ zu besprechen.

Ich habe mich schon gestern Abend in aller Form entschuldigt. Wir hatten dabei einen ausführlichen Austausch, auf den sich nun auch der Ausschuss freuen kann.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Es ist mittlerweile eine Tradition, dass unser Ausschuss während einer EU-Ratspräsidentschaft die Vertreterinnen und Vertreter des jeweiligen Landes einlädt. Herr Botschafter, wir freuen uns sehr, dass Sie uns heute die Schwerpunkte der spanischen EU-Ratspräsidentschaft vorstellen.

Bienvenidos a la Comisión de Europa y Asuntos Internacionales. Estamos muy contentos de que haya venido con nosotros hoy y esperamos con interés su informe por favor.

S. E. Ricardo Martínez Vázquez (Botschafter des Königreichs Spanien in Deutschland): Muchas gracias. – Liebe Abgeordnete, es ist für mich eine sehr große Freude und Ehre, heute hier zu sein und mich als Vertreter der Ratspräsidentschaft mit Ihnen austauschen zu dürfen. Das ist besonders interessant in diesem Land, welches immer eher nach Westeuropa geschaut hat. Ich komme aus Berlin, wo man möglicherweise mehr nach Osten schaut. In Nordrhein-Westfalen war dies immer Realität.

Ich habe von 1987 bis 1990 in Bonn gewohnt, als ich dort in der Spanischen Botschaft gearbeitet habe. Ich kenne Nordrhein-Westfalen und weiß, dass man hier immer ganz europäisch agiert hat. Meine älteste Tochter wurde in Bonn geboren, sie stammt also aus Nordrhein-Westfalen, und mir ist dieses Land, insbesondere das Rheinland, sehr nah. Ich freue mich also doppelt, nicht nur als Botschafter von Spanien im Rahmen der aktuellen Ratspräsidentschaft, sondern ebenfalls als halber Deutscher, wie ich von meinen Kollegen im Spanischen Diplomatischen Dienst genannt werde.

Wir befinden uns beinahe in der Mitte der Präsidentschaft. Im April und Juni war ich in anderen Landtagen; damals hatten wir Pläne. Jetzt stehen wir unter hohem Druck und führen Diskussionen um die großen Probleme; auch weil wir am Ende der europäischen Legislatur stehen. Im Juni 2024 finden europäische Wahlen statt. Belgien, das nach uns im Januar die Ratspräsidentschaft übernimmt, wird nur zwei oder drei Monate Zeit haben, um vielleicht einige Themen und Trilogie abzuschließen. Wir wissen also um den Druck, der auf uns lastet – und wenn ich „auf uns“ sage, meine ich nicht nur die Ratspräsidentschaft, sondern alle 27 Länder der EU und besonders Staaten wie die

Bundesrepublik, die so eng mit uns zusammenarbeiten –, dass wir bei vielen Themen, die ich im Folgenden nennen werde, zu einem Abschluss kommen müssen.

Für uns und für mich persönlich ist es schon die fünfte Ratspräsidentschaft. Die erste war 1989 in Bonn; ich fing also mit meiner ersten Präsidentschaft in der Bundesrepublik an. Die jetzige wird wohl die letzte für mich sein, da ich in fünf Jahren in Rente gehe und sich Präsidentschaften inzwischen erst etwa alle 15 Jahre wiederholen.

Wir haben also schon Erfahrungen gesammelt und wissen, wie es ist, einen Konsens zu bilden bzw. zu verhandeln in einer EU, die inzwischen 27 Mitglieder hat und in der es deswegen nicht leicht ist. Insofern ist es sehr wichtig, dass Spanien mit Deutschland genauso wie mit anderen Partnern, besonders Frankreich, den Niederlanden und auch Italien – selbst wenn Letztere bei einigen Themen nicht ganz bei uns waren –, eng zusammengearbeitet haben.

Wir haben vier Prioritäten bzw. prioritäre Aktionslinien etabliert: Erstens die Reindustrialisierung und die offene strategische Autonomie, zweitens der ökologische Wandel, drittens eine größere soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und viertens die Stärkung der Einheit Europas.

Über all diesen Prioritäten liegt die Realität des kriminellen Angriffskriegs von Putin auf die Ukraine; die Unterstützung der Ukraine kommt zuerst. Wir alle stehen zusammen und werden die Ukraine gemeinsam so lange und so umfassend wie möglich unterstützen. Das ist ganz klar, und es hat auch sehr viel mit anderen Problemen zu tun; schließlich sind alle unsere Themen so global geworden, dass man nicht von einem Thema sprechen kann, ohne die anderen zu berühren.

In meinen Treffen mit unterschiedlichen Bundesministern in Berlin wird deutlich, dass unser Haushalt, der Mehrjährige Finanzrahmen, das wichtigste Thema ist. Das sind die Mittel, die wir haben; vielleicht können wir über neue Eigenmittel diskutieren. Auf jeden Fall müssen wir sehen, wie wir alles verteilen: Wenn wir in vier Jahren 50 Milliarden Euro für den Wiederaufbau der Ukraine geben wollen, dann müssen wir das Geld irgendwo anders wegnehmen. Am Ende ist das die wichtigste politische Debatte, denn unsere Ressourcen in der EU sind beschränkt, selbst wenn sie sehr groß sind.

Wir müssen politisch entscheiden, wie es weitergeht, ohne unsere Einheit zu schwächen. Jederzeit einheitlich und zusammenbleibend zu agieren, ist nicht leicht in dieser EU von 27, in der es einige Mitgliedsstaaten gibt, deren momentane Regierungen nicht immer mitspielen.

Bevor ich kurz auf die vier Punkte eingehe, muss ich an etwas erinnern, das für uns als Inhaber der Präsidentschaft und als Europäer sehr wichtig ist: Die Menschen bzw. die Bürger sind der Kern der Politik der EU. Häufig denken wir, es sei der finanzielle Rahmen oder dies und das, aber es sind die Menschen. Unsere Werte sind Menschenrechte, Rechtsstaat, Demokratie, Freiheit – das ist Europa.

Manchmal vergessen wir das, zum Beispiel, wenn wir von Einwanderern sprechen. Sie haben dieselben Menschenrechte wie wir, und das dürfen wir nicht vergessen, selbst wenn wir nicht einfach die Tür öffnen können. Wir müssen Gleichgewichte finden, wie wir immer unsere Werte respektieren können. Ansonsten verlieren wir unsere

Eigenschaft und sind keine Europäer. Das muss immer auf dem Tisch liegen, wenn wir über Europa sprechen, sowohl bei Erweiterungen als auch bezogen auf die heutigen Mitglieder, die nicht alle unsere Werte respektieren. Das müssen wir als erstes verstärken, und dann kommen alle weiteren Politiken. Für die spanische Regierung und ihre Präsidentschaft ist das ebenfalls ein Kernpunkt.

Zu der Reindustrialisierung und der offenen strategischen Autonomie. Wir alle haben ganz klar gesehen, dass wir zu abhängig waren von China und anderen Staaten. Das gilt nicht nur für Deutschland und russisches Gas; vor 15 Jahren waren wir abhängig von algerischem Gas. Wir haben diversifiziert und sind heute in einer besseren Lage, weil wir schon Regasifizierungsstationen hatten und von überall her Gas bekommen.

Bezüglich der Lieferketten haben wir während der Pandemie gesehen, dass wir bei Arzneimitteln abhängig von Indien, China, Russland und anderen waren. Das müssen wir ändern durch eine Stärkung unserer Autonomie in Sektoren wie „Energie“, „Gesundheit“, „Nahrungsmittel“ – auch da sind wir sehr abhängig – und im digitalen Bereich, um nur einige zu nennen. Wir müssen unsere Industrie verstärken, modernisieren und wettbewerbsfähig machen, aber gleichzeitig grüner, umweltfreundlicher und digitaler werden.

Das ist nicht leicht, aber wir Europäer sind gut, wenn wir etwas schaffen wollen. Manchmal warten wir zu lange und fangen erst an, wenn die Krise schon da ist. Manchmal ist das ein bisschen zu spät, aber wir sind gut und werden es schaffen; ich bin da sehr optimistisch.

Ich weiß nicht, wie lange es dauert, denn wir haben große strukturelle Probleme mit den Abhängigkeiten bei Lieferketten. Es ist ganz klar, dass wir zusammen und transparent agieren, überall bzw. in allen Sektoren umweltfreundlicher und digitaler werden, und diese Abhängigkeiten abbauen müssen.

Zu Fortschritten in der ökologischen Wende und der Anpassung an den Klimawandel. Diesbezüglich sind wir uns alle einig – oder zumindest viele von uns. Die Zerstörung der Umwelt ist heute so schlimm, dass wir vielleicht schon ein bisschen zu spät kommen. Wir müssen viel tun, zum Beispiel im Hinblick auf den Abbau unserer Energieabhängigkeit. Wir müssen umweltfreundliche, also erneuerbare Energien auch deswegen schnell entwickeln, um unsere Stromrechnungen zu senken.

In Spanien zahlen Unternehmen bzw. die Industrie für Energie momentan ein Drittel des Preises, den die deutschen zahlen. Damals, mit dem russischen Gas, zahlten sie die Hälfte dessen, was in Spanien bezahlt wurde. Inzwischen aber ist bei uns der Anteil der erneuerbaren Energien so groß, dass es viel günstiger ist.

Als Spanier kann ich mit Stolz sagen, dass Spanien seit dem letzten Freitag zu 100 % dekarbonisiert ist, also keine Kohle mehr verwendet. Wir haben sehr viel Sonne und Wind, jedoch aufgrund der Dürre infolge des Klimawandels weniger Wasser. Aber wir haben sehr viele erneuerbare Energien; in diesem Feld haben wir schnell gehandelt, auch mit unserer Atomenergie, aus der wir 2033 bzw. 2034 aussteigen werden. Wir haben also noch eine zehnjährige Transition, die für uns in dieser Krisenlage auch sehr günstig ist.

Zur Reform des Strommarkts gibt es einen Entwurf der spanischen Präsidentschaft. Wir arbeiten daran, damit alle, die Bürger und die Industrie, günstigere Energie zur Verfügung haben. Wir arbeiten momentan mit Gas und Wasserstoff im Paket: Gas wird in den nächsten 20 Jahren die Transitionsenergie sein müssen – das wissen wir alle – und dann durch Wasserstoff ersetzt werden.

Zur größeren sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Die wirtschaftliche Entwicklung muss mit der sozialen Entwicklung zusammengehen, besonders in den Ländern, in denen die Sozialleistungen nur die Hälfte dessen betragen, was in anderen Ländern wie beispielsweise in der Bundesrepublik üblich ist. Wir müssen besonders in Krisenzeiten auch an die Bürger denken.

Wir müssen unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen. Unsere Wettbewerbsfähigkeit muss wachsen, jedoch mit einer Balance zwischen dem Wirtschaftlichen und Sozialen. Unsere Wirtschaft muss also fairer sein, und das können und müssen wir miteinander vereinen.

Wenn wir unseren Bürgern keine Lösungen anbieten, wenn wir nicht liefern, dann wächst der Einfluss der Populisten und das Spiel gegen unsere Demokratien verstärkt sich.

Bei der Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens und der Reform der Regeln der wirtschaftlichen Governance müssen wir eine Entscheidung treffen, die dieses Gleichgewicht respektiert. Das heißt: Wir brauchen Fiskalregeln, müssen sie aber adaptieren. Wir müssen vor Ende des Jahres neue Fiskalregeln haben, ansonsten gelten am 1. Januar 2024 die alten, die bereits gezeigt haben, dass sie nicht mehr gut sind.

Wir müssen Flexibilitätsregeln haben, und zwar bis zu dem Moment, sobald es gut für alle ist. Wir brauchen also vielleicht zwei oder drei Jahre Flexibilität, müssen aber ganz klar haben, wie die Regeln sind. Da sind wir deutlich weiter, als viele denken. Es ist eine Frage, wie das objektiv kontrolliert wird und wie lange diese Flexibilität dauert. Die Fiskalregeln bzw. die Austeritätsregeln dürfen unsere Wirtschaft und unsere soziale Politik nicht töten, aber wir brauchen auch mittelfristig diese Regeln. Wir werden zu einer Einigung kommen.

Bezüglich sozialer Gerechtigkeit muss am Schutz von benachteiligten Gruppen wie Kindern, Frauen, die Gewalt erlitten haben, oder Menschen mit Behinderungen und weiteren gearbeitet werden, zum Beispiel mit einem europäischen Behindertenausweis. Es gibt Elemente, von denen die Presse nicht berichtet, die aber sehr wichtig für viele Bürger sind.

Last but not least kommen all die großen Themen wie die Stärkung der Einheit Europas. Wenn wir über „Stärkung“ und von einem „vereinten Europa“ sprechen, von „Einigung“ und „Stärkung“, dann müssen wir fragen: Was passiert mit der Erweiterung? Politisch haben wir alle ganz klar entschieden, dass die sechs Westbalkanstaaten, die Ukraine und die Republik Moldau zu Europa gehören. Die Frage lautet, wann sie und wir vorbereitet sind.

Wir müssen über Reformen vor oder während des Erweiterungsprozesses reden. Eine aus zwölf Experten bestehende deutsch-französische Arbeitsgruppe zu institutionellen

Reformen der EU hat heute vor einer Woche einen Bericht präsentiert, und auch die baltischen Staaten hatten schon einen Entwurf eingebracht. Heute und morgen diskutiert man in Spanien über dieses Thema, morgen und übermorgen wird es auf der informellen Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ in Murcia diskutiert und am 5. und 6. Oktober in Granada auf der Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft sowie der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs.

Was Reformen betrifft, so muss zum Beispiel die Unanimitätsregel abgeschafft werden. Für Entscheidungen brauchen wir die Regel der qualifizierten Mehrheit. Es muss immer Ausnahmen für wichtige Fälle geben, aber es darf nicht normal sein, dass ein oder zwei unserer Mitgliedstaaten immer wieder den Weg zustellen und alles blockieren können. So geht es nicht weiter.

Wir können auch über Möglichkeiten zur Reform der Verträge diskutieren. Der Bericht zeigt auf, wie eine differenzierte europäische Integration anhand vier verschiedener Dimensionen aussehen könnte: In einem ersten Kreis befinden sich die Mitglieder der Eurozone oder des Schengenraums, die einhundertprozentig alle Werten und Rechtsprinzipien vertreten, in einem weiteren befinden sich diejenigen, bei denen das etwas weniger zutrifft, im dritten Kreis, der lediglich die Teilnahme am Binnenmarkt umfasst, könnten die Briten und Norweger sein, und der vierte Kreis bestünde aus der Europäischen Politischen Gemeinschaft, die sich am 5. Oktober 2023 in Granada treffen wird. Viele Ideen bzw. Entwürfe werden stark diskutiert, und wir müssen zumindest zu einer Entscheidung kommen, wie es weitergeht.

Veränderungen der Verträge müssen für die nächste europäische Legislatur kommen. Das wird man vielleicht im europäischen Wahlkampf diskutieren müssen. Charles Michel hat schon von 2030 als Zieldatum für den Erweiterungsprozess gesprochen. Das werden dann nicht mehr die Minister, sondern die Regierungschefs zunächst in Granada diskutieren, dann auf einem Sondergipfel im November und schließlich im Europäischen Rat im Dezember.

Der Binnenmarkt, den wir in der EU geschaffen haben, ist ein wichtiges Thema. Wir brauchen die Bankenunion und die Kapitalmarktunion. Wir müssen da weiter gehen, sonst geht es nicht mehr, auch bezogen auf die Fiskalregeln.

Auch bei weiteren Themen brauchen wir gemeinsame Politiken. Wir brauchen einen Asyl- und Migrationspakt; das will die Bundesrepublik genauso sehr wie Spanien. Wir haben noch keine Einigung erzielen können, weil viele die Politik sehr hart machen wollen und dabei vergessen, dass wir unsere Werte haben, und manche diese Werte so weit nach oben stellen möchten, dass es unrealistisch ist. Wir sprechen jetzt von einer Krisenmanagement-Verordnung, bei der wir realistisch sein müssen.

Wir haben schon einige Krisen erlebt; die schlimmste in Deutschland war im Jahr 2015, und auch wir in Spanien hatten mehrere. Da müssen wir zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Spanien ist sehr eng. Es gibt momentan einige Probleme; heute ist alles blockiert. Klar ist aber auch, dass wir diese Einigung bzw. diesen Pakt brauchen, weshalb ich sicher bin, dass wir vor Ende der spanischen Präsidentschaft zu einer Einigung kommen werden. Vielleicht bleiben am Freitag, den 15. Dezember 2023, wenn die Uhr nach Mitternacht gestoppt wird, unsere

Regierungschefs bis fünf, sechs, sieben Uhr, bis sie eine Einigung bezüglich der Fiskalregeln und der Migration erzielen.

Es gibt Themen, wo es noch Nuancen gibt, die auch wichtig sein können, aber wir alle – oder fast alle – sind nicht so weit voneinander entfernt. Es ist gut, dass wir bei einigen Themen die qualifizierte Mehrheit brauchen und nicht die Unanimität. Wir alle wollen die neuen Fiskalregeln und brauchen diesen Asyl- und Migrationspakt.

Ein sehr wichtiges Thema in der Außen- und Handelspolitik verdeutlicht das Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten, CELAC, in Brüssel im Juli. Wir hoffen, dass wir vor Ende dieses Jahres endlich nach über 20 Jahren einen Vertrag mit Mercosur unterschreiben. Wenn wir es schaffen, dann besteht zwischen der EU und Mercosur die größte Freihandelszone der Welt.

Wir haben auch unsere Treffen mit den Balkanstaaten. Wir müssen ihnen politisch helfen, aber sie müssen auch ihre Hausaufgaben machen.

Wir dürfen nicht vergessen, was an der südlichen Flanke im Sahel und in Nordafrika passiert. Putschisten stellen Regierungen und arbeiten mit den Söldnern der Gruppe Wagner in Conakry, Burkina, Mali und Niger zusammen; sie sind schon in Algerien, Libyen, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik. Etwas bewegt sich in Afrika, und das ist auch für uns gefährlich. Ebenfalls aufpassen müssen wir bei islamischem Terrorismus und den Migrationsmafias.

Viele Fronten gibt auch es auch im Indopazifik; das ist ebenfalls sehr wichtig.

Unsere Präsidentschaft – sie ist schon fast zur Hälfte vorbei – ist sehr interessant. Wir haben fast keine Zeit, um etwas anderes zu machen, aber wir freuen uns, dass wir in dieser besonderen und schwierigen Zeit die Präsidentschaft innehaben. Wir haben gesehen, wie sehr alle Mitgliedstaaten mitmachen wollen. Es gibt einige, deren Regierungen nicht besonders helfen; dennoch brauchen wir Ungarn und Polen, und die Bevölkerungen sind bei uns. Sie wollen europäisch sein; das sind keine Anti-Europäer. Wir müssen alle mitnehmen und auch von der letzten Erweiterung lernen, damit die neue besser gemacht wird und die EU tatsächlich verstärkt und nicht geschwächt wird.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank Herr Botschafter; vielen Dank Herr Generalkonsul.

Wir sind alle sehr gespannt, was in Polen passiert, und gucken natürlich auch auf den Wahltag, der nicht weit entfernt ist.

Sie sind nicht nur ein erfahrener, sondern auch ein überzeugter Europäer, der immer noch optimistisch ist. Die Schwerpunkte der spanischen Ratspräsidentschaft sind absolut nachvollziehbar und gut.

Sie haben gesagt, der MFR bzw. die mittelfristige Finanzplanung sei extrem wichtig. Das stimmt, sie ist aber auch extrem kompliziert. Sie haben richtigerweise den Druck beschrieben, der auf Ihrer Ratspräsidentschaft liegt: Belgien wird kaum Zeit haben,

denn der Europawahlkampf kommt, und danach werden erst Ungarn und dann Polen die Ratspräsidentschaft übernehmen. Es dürfte in unser aller Sinne und im Sinne der Menschen in Europa, die im Zentrum Ihres und auch unseres Denkens in Nordrhein-Westfalen stehen, sein, dass die spanische Ratspräsidentschaft erfolgreich endet.

Es ist eine sehr charmante Idee, mit dem 15. Dezember 2023 die Uhr anzuhalten, weil wir sowohl beim MFR als auch in der Asyl- und Migrationspolitik ein Ergebnis brauchen. Gerade Asyl- und Migrationspolitik sind ohne die Europäische Union nicht machbar. Insofern drücke ich die Daumen.

Bei den erneuerbaren Energien haben wir das gleiche Ziel, auch wenn wir in Nordrhein-Westfalen es ein bisschen anders gemacht haben. Glückwunsch zur Dekarbonisierung – die kommt bei uns 2030; dafür waren wir beim Atomausstieg schneller, den haben wir schon in diesem Jahr vollzogen. Schauen wir mal, welches Modell das erfolgreichere sein wird.

Mich interessiert, was beim MFR aus Ihrer Sicht die drei größten Knackpunkte sind, die wir noch lösen müssen.

Sie haben eine spannende Zeit in Deutschland verbracht, auf jeden Fall während Ihrer ersten Ratspräsidentschaft, als Sie mit dem Fall der Berliner Mauer ein Stück Geschichte miterlebt haben. Es ist schön zu hören, dass Sie mit Nordrhein-Westfalen so verbunden sind.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Botschafter, vielen Dank für Ihren sehr aufschlussreichen Bericht. Allem, was Sie gesagt haben, stimme ich zu. Ich komme aus Aachen, einer Grenzregion, und bin seit dem Studium überzeugter Europäer.

Wir haben derzeit ein Problem, der Bevölkerung in Europa weiterhin klar zu machen und plausibel zu erklären, warum Europa wichtig ist. Bei jungen Leuten verfängt die Geschichte, dass wir seit 70 Jahren Frieden haben, nicht, weil sie sich gar keine andere Situation als die aktuelle vorstellen können.

Müssen wir Europa noch weiter vertiefen, bevor wir es erweitern? Muss eine Vertiefung stattfinden und wenn ja, wie? Muss der Ausschuss der Regionen nicht noch weiter gestärkt werden in einer zukünftig geänderten Europäischen Union? Wie kriegen wir das Problem der Migration gelöst? Ich vermute, die meisten wenden sich derzeit von Europa ab, weil Europa keine Antwort auf diese Frage findet.

Romina Plonsker (CDU): Sehr geehrter Herr Botschafter, vielen Dank. Mich interessiert ein Insight zum Blick Spaniens auf Deutschland. Ich habe mein Auslandssemester in Spanien verbracht und Demonstrationen in Madrid mitbekommen – das müsste 2012 gewesen sein –, auf denen gegen die deutsche Bundesregierung agiert wurde. Das war ein sehr negatives Bild. Wie ist jetzt der spanische Blick auf Deutschland?

Eine Ihrer Priorisierungen ist die Reindustrialisierung. Wir sprechen sonst immer nur von Deindustrialisierung und dem Inflation Reduction Act der USA. Ist Europa aus Ihrer Sicht in der Lage, da standzuhalten?

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Botschafter, vielen Dank für die sehr interessanten und umfassenden Ausführungen und Pläne, die Sie für die drei Monate noch haben; allzu viel Zeit haben Sie ja nicht mehr.

Sie haben mit dem mittelfristigen Finanzrahmen, Migration, Integration und eventuell noch Mercosur die Themen benannt, die für Sie bis zum Ende des Jahres prioritär sind. Sie haben aber auch geschildert, wie bedeutend die Fragen der Zerstörung der Umwelt sind, welche Folgen das hat und ob wir nicht vielleicht schon einen Schritt zu weit sind. Jüngst gab es den Bericht zu den sogenannten planetaren Grenzen, in dem dargelegt wurde, dass sechs von neun Grenzen überschritten sind. Im Umweltbereich – Stichwort: „European Green Deal“ – sind viele EU-Initiativen unterwegs. Welche weiteren Punkte könnten Ihrer Meinung nach außerdem zum Abschluss gebracht werden?

Sie haben die im Juni des kommenden Jahres anstehenden Europawahlen angesprochen. Wie bereitet die spanische Ratspräsidentschaft die EU und uns alle auf diese Europawahlen vor, um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen? Sie haben davon gesprochen, wie wichtig die Einheit Europas ist. Somit ist es auch wichtig, dass sich die Menschen an der Wahl beteiligen und auch darüber diskutieren, wie sich Europa weiterentwickeln soll. Es ist nicht mit der Stimmabgabe getan, sondern wir müssen mit der Bevölkerung bzw. mit den Menschen am besten länderübergreifend in einen Diskurs treten. Was haben Sie diesbezüglich vor, und wie sind Sie auch im Gespräch mit den Belgiern, um diesen Prozess bis zur Europawahl aufrecht zu erhalten?

S. E. Ricardo Martínez Vázquez (Botschafter des Königreichs Spanien in Deutschland): Bezüglich des Mehrjährigen Finanzrahmens liegen viele Themen auf dem Tisch. Ich kann nicht entscheiden, welche im EcoFin-Rat im Oktober und dann im Europäischen Rat behandelt werden, aber ich kann einige nennen.

Etwas ganz Neues, das nicht vorgesehen war und viel Geld umfasst, sind zum Beispiel die 50 Milliarden Euro für die Ukraine in den kommenden vier Jahren. Wie können wir im aktuellen Finanzrahmen Spielraum schaffen, um diese 50 Milliarden Euro zur Verfügung zu haben?

Ein anderer sehr wichtiger Punkt ist die Finanzierung der Agrarpolitik. Wir wollen die anderen Mitgliedstaaten nicht schwächen: Die Geldmenge soll gleichbleiben, aber das Konzept muss modernisiert werden. Wir müssen das alles im Sinne der jungen Leute ausrichten, für umweltfreundliche grüne Biolandwirtschaft. Wir müssen die alte Subventionslandwirtschaft abschaffen, sie aber jetzt nutzen, um eine umweltfreundlichere und digitalere Landwirtschaft zu schaffen.

Ein anderer politisch sehr wichtiger Punkt für unsere Mitgliedstaaten in Osteuropa sind die Strukturfonds. Wir sollten zumindest politisch debattieren, wie das weitergehen soll, denn ein wichtiges Thema zur Stärkung der Union – und hier brauchen wir keine Verträge zu reformieren – ist die Konditionalität: Wer den Rechtsstaat nicht respektiert, erhält keine Hilfen aus den Strukturfonds. Das sollte ganz klar sein, allerdings haben wir da noch Probleme, weil für uns der Rechtsstaat so wichtig ist, dass wir alles innerhalb der Regeln machen wollen. Das muss aber politisch entschieden werden. Die

Strukturfonds sind sehr wichtig, aber sie müssen helfen, dass diejenigen mit Mängeln in den demokratischen Strukturen diese korrigieren.

Wir wollen diese Länder bei uns haben und dass sie es gut machen; wir wollen ihnen die Hilfen aus den Strukturfonds nicht verwehren und sie stattdessen für die Ukraine nutzen, vielmehr sollen sie ihnen helfen, wie wir es in Spanien erlebt haben. Unsere Infrastrukturen sind jetzt sehr gut, weil sehr viele von ihnen Ende der 80er, 90er und 2000er Jahre zu 50 % von der EU finanziert worden sind. Jetzt haben wir sehr moderne Infrastrukturen und es geht uns sehr gut. Wir sind dankbar, fühlen uns sehr europäisch und wollen, dass das auch anderen hilft, damit auch sie rechtsstaatlich agieren und die Regeln respektieren.

Die vier Referenden in Polen im Oktober machen mich, diplomatisch ausgedrückt, ein bisschen nervös. So sind wir nicht in der EU. Wir müssen unseren polnischen Brüdern helfen, damit sie näher zu uns kommen und unsere Werte respektieren; Gleiches gilt für Ungarn. Es gibt also sehr schwierige Themen.

Die Diskussion um die Entwicklung neuer Eigenmittel ist ebenfalls sehr wichtig. Einige sind sehr dafür, während andere sehr dagegen sind. Wir müssen sehen, wie wir eventuell mehr finanzielle Mittel erhalten können, wenn wir mehr Verantwortung übernehmen wollen.

Das hat auch zu tun mit der Erweiterung und Vertiefung. In der aktuellen Diskussion der unterschiedlichen Entwürfe geht es darum, ob erst Reformen und dann Erweiterungen stattfinden – das denken die meisten –, ob Reformen und Erweiterungen zeitgleich ablaufen oder ob nach der Hälfte der Reformen mit den Erweiterungen begonnen wird. Das Problem ist, dass politischer Druck besteht, die Erweiterung zu vollziehen. Solange wir diesen jedoch aushalten können, müssen wir ein bisschen Ordnung in unsere EU bringen, bevor wir dann bereit sind, neue Mitglieder aufzunehmen.

Zum Beispiel die Visegrád-Staaten müssen verstehen, dass die europäischen Regeln, die Menschenrechte, der Rechtsstaat und die Demokratie sind, wie sie sind. Das ist objektiv. Wir müssen ihnen helfen, damit sie näher an uns heranrücken, und nicht einfach die EU erweitern, um mehr Mitglieder in der EU zu haben, wodurch jedoch möglicherweise eine Mehrheit entsteht, die diese Rechte und Werte nicht respektiert. Unsere Essenz steht auf dem Spiel. Wenn wir die EU durch neue Mitglieder tatsächlich stärken wollen, dann müssen wir ganz klar darstellen, dass der Rechtsstaat nicht zur Diskussion steht: Hier gibt es nur Ja oder Ja, und das gilt für einige Themen.

Wie wir das machen, überlasse ich unseren Experten. Verträge können wir nicht so leicht reformieren. Das würde man dann in der nächsten europäischen Legislatur lange diskutieren müssen. Bei einigen Themen wie der Unanimität können wir aber schon anfangen, wobei es allerdings paradox ist, dass wir für ihre Abschaffung eben jene Unanimität brauchen. Diejenigen, die ihr Vetorecht verlieren würden, müssten zustimmen. An dieser Stelle sind die Strukturfonds sehr wichtig: Wer voll europäisch sein bzw. voll mitspielen und unsere ganze Solidarität haben möchte, der muss bei ein paar Themen ganz klar sein und mitmachen.

Dafür brauchen wir nicht zuerst die Vertiefung der EU; man kann einige wichtige Themen jetzt behandeln, und dann werden wir sehen, wie es weitergeht. Den Druck zur

Erweiterung sollten wir auch bei den Ländern nutzen, die jetzt möglicherweise Probleme bereiten. Sie müssen mitmachen, damit wir dann fit für die Erweiterung sind.

So versuchen wir es. Ich weiß nicht, ob wir es schaffen, aber wenn wir zurückschauen, wo wir nach dem Zweiten Weltkrieg standen und wo wir heute stehen – und wir hatten noch 40 Jahre lang eine Diktatur –, bin ich optimistisch. Für uns bedeutete Europa Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Solidarität; über 90 % der spanischen Bevölkerung ist proeuropäisch eingestellt, was wohl der größte Anteil in der EU ist.

Was wir in Europa geschaffen haben, lohnt sich. Manchmal sehen es die Gründungsmitglieder eher skeptisch. Wir sind sehr optimistisch und sehr positiv. Unsere Werte sind sehr wichtig, doch es gibt sie jetzt immer weniger in der Welt. Wir müssen für diese Werte einstehen.

Das gilt auch für den wichtigen Schutz der Umwelt. Ich habe Kinder und Enkel; was für einen Planeten werden wir ihnen für ihr Leben hinterlassen? Wir haben schon Dürren und Hochwasser wie vor zwei Jahren im Rheinland erlebt. Die Katastrophen nehmen immer weiter zu, die Wälder auf der ganzen Welt verbrennen. Es ist ganz klar: Wir müssen mehr tun und da stark agieren. Wir in Europa sind die Fahnenträger bei all diesen Themen, und deshalb müssen wir auch die Verantwortung übernehmen.

Auch mit der Migration ist es sehr kompliziert, denn wir als Europäer wollen all diesen Menschen helfen und verstehen die Dramatik. Wir müssen aber realistisch sein, um zu sehen, wie wir das machen. Dabei müssen wir unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern verändern: nicht mehr kolonial auftreten, sondern als Gleiche zu ihnen kommen. Wir müssen helfen.

Es braucht eine Redistribution der Dinge, von denen wir zu viel haben. Dabei dürfen wir aber nicht sagen: „Wir zeigen euch, was ihr machen müsst“, sondern müssen zuhören und fragen: „Wie können wir helfen, damit eure jungen Leute hierbleiben und Arbeit finden?“. Wenn wir wissen, wie wir ihnen helfen können, dann tun wir das. Wir müssen mehr Respekt für die Entwicklungsländer haben. Das ist sehr wichtig.

Wir müssen auch mit den Transitländern gegen die Mafias arbeiten. Letztere sind verantwortlich für Zehntausende Tote – wir wissen nicht, wie viele –: Das müssen wir stoppen, brauchen dann aber legale Wege zur Einwanderung, da wir auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind. Wir müssen mit ihnen sprechen. Damit das illegale Geschäft der Mafias endet, muss man legal kommen können.

Auf eine Krise müssen wir uns vorbereiten, dürfen aber nicht alle Grenzen schließen; wir haben unsere Werte und müssen die Balance wahren. Besonders die Situation von Familien, Frauen und Kindern müssen wir wahrnehmen. Im Fall einer Krise werden wir alle egoistisch und sorgen uns um unseren Wohlstand, aber wir müssen auch solidarisch sein, und das ist nicht leicht.

Wir sprechen jetzt von einer Krisenmanagement-Verordnung. Eine neue Krise wird kommen, solange wir der Bevölkerung in Entwicklungsländern nicht ein bisschen Würde und Wohlstand bringen. Dieser Druck wird immer größer werden, und das können wir nicht mit der Polizei, mit Schiffen und Mauern stoppen. Wir müssen etwas

anderes versuchen. Das kommt schon ein bisschen zu spät, wie auch bei der Umwelt, weswegen wir sehr schnell agieren müssen.

Ich verstehe, dass einige der Meinung sind, wir sollten alles schließen und Grenzkontrollen und dies und das vornehmen; ich verstehe auch, dass andere meinen, wir müssten die Rechte der Frauen und Kinder garantieren. Für beides habe ich Verständnis. Wie kommen wir zu einer Einigung? Wir als Europäer müssen alle auf uns schauen und das auch ernstnehmen. Das tun wir auch, aber wir kommen zu keiner Einigung. Das versuchen wir während unserer Präsidentschaft zu ändern. Nach zehnjähriger Diskussion sind wir meines Erachtens inzwischen kurz davor; wir können und müssen das in den nächsten zwei oder drei Monaten zu Ende bringen.

Zu den damaligen Demonstrationen in Spanien. Die Eurokrise von 2008 bzw. bei uns 2010 und 2011 war sehr schlimm. Damals hat die EU nicht solidarisch agiert. Die Austeritätsmaßnahmen der EU hatten in einigen Ländern sehr gravierende Auswirkungen. In Spanien waren die Maßnahmen sehr schlimm – die Gehälter sanken teilweise um die Hälfte –, sodass man damals von „Austerizid“ gesprochen hat. Man hat Deutschland bzw. die Bundeskanzlerin als Alleinverantwortliche dafür ausgemacht hat. Deswegen gab es in der Zeit um das Jahr 2012 einige Demonstrationen gegen Deutschland, die Eurozone, die Niederlande und die nördlichen Länder. Das war Gott sei Dank schnell zu Ende, weil wir mit der Hilfe Europas langsam aus der Krise gekommen sind.

Aus dieser Situation haben wir gelernt. Bezüglich der Pandemie und der Ukraine waren wir uns ganz schnell einig und haben zusammen agiert. Das ist das Wichtige, was wir aus der alten Krise gelernt haben.

Zur Reindustrialisierung. Wir können es nennen, wie wir wollen, aber wir brauchen eine moderne, digitalisierte Industrie, zum Beispiel bei Arzneimitteln. Wir dürfen nicht weiter von anderen Ländern abhängig sein. Das geht einfach nicht, wie wir gesehen haben. Trotzdem haben wir noch heute Probleme bei einigen Medikamenten, weil sie irgendwo weit weg in Asien hergestellt werden und unsere Apotheken sie nicht mehr vorrätig haben.

Wir müssen strategisch denken. Das heißt nicht, dass wir auf einmal zur Großindustrie zurückkehren, sondern wir müssen in den strategischen Sektoren bzw. strategischen Industrien zusammenarbeiten und sie verstärken. Ein Beispiel ist Airbus – als rein europäisches Modell von Frankreich, Deutschland und Spanien –, deren Anteil im Bereich ziviler Flugzeuge bereits 20 oder 25 % über dem von Boeing liegt. Damit sind sie weltweit führend. Das ist ein Modell, und jetzt brauchen wir die Italiener, die Schweden – alle, die auch dieses Know-how haben und Flugzeuge bauen.

Wir müssen zusammenkommen und diese europäische Industrie verstärken, zum Beispiel bei Batterien. Wie lange werden wir abhängig sein von den umweltschädlichen Batterien aus China, die teuer und nach einigen Jahren so gefährlich wie Atommüll sind? Wir müssen zusammen Batterien herstellen – wir haben schon damit begonnen –, die umweltfreundlich, länger benutzbar, günstiger und leichter sind.

Ein anderes Beispiel ist der grüne Wasserstoff. Spanien wird schon in fünf oder sechs Jahren Nettoexporteur von grünem Wasserstoff für Europa sein, weil wir ihn durch die

erneuerbaren Energien erzeugen können. In großen Fabriken von Iberdrola in Puer-tollano und Repsol in Algeciras beginnen wir bereits damit.

Wir müssen alle zusammenarbeiten. Damit jeder profitieren kann, müssen alle das beisteuern, was sie haben. Das ist die Idee der strategischen Autonomie für uns; die Franzosen sprechen von Souveränität. Wir können die Beziehungen zu unseren Partnern nicht abbrechen, aber Abhängigkeiten abbauen. Die Vereinigten Staaten sind unsere Partner, aber auch unsere Konkurrenten. Wir müssen schauen, wie wir uns aus strategischer Sicht verstärken.

Das betrifft nicht alle Themen, aber vor allen Dingen die Ernährung. Wie lange werden unsere Bürger bei Nahrungsmitteln eine Inflation von fünf, sechs oder sogar zehn Prozent ertragen müssen? Bei uns liegt die Inflation insgesamt bei 2,3 %, im Bereich „Er-nährung“ beträgt sie aber sechs bis sieben Prozent. Auch das ist kompliziert.

All das müssen wir vor dem Hintergrund betrachten, dass wir schon zu viel unserer Umwelt zerstört haben. Wenn ich es in Dokumentationen sehe, kann ich kaum glauben, dass sich so viel Plastik in unserem Meer befindet, wir aber trotzdem damit weitermachen. Vielleicht sehe ich es aus der Sicht eines Landes mit Wohlstand, das darüber nachdenken kann. Viele Leute sagen aber, dass sie aufgrund ihrer Armut kein Recycling betreiben bzw. an die Umwelt denken können. Das ist ein kompliziertes Problem, bei dem wir mehr kommunizieren müssen. Zum Beispiel sind unsere jungen Leute aktuell sehr aktiv und denken viel darüber nach, aber ich weiß nicht, ob sie es mit den richtigen Mitteln handeln. Es ist wichtig, dass sie darüber nachdenken, ob es aber politisch bewirkt, dass alle Parteien bzw. alle in der Politik bei diesem Umweltaspekt mitmachen, weiß ich nicht.

Die Interessen der traditionellen Industrie sind ebenfalls sehr stark. In Deutschland ist die Automobilindustrie sehr wichtig, und vor einigen Wochen erzählte mir jemand von Porsche auf der IAA in München: Wer einen Porsche kauft, möchte einen Verbrennungsmotor haben, der Lärm machen muss; ein Porsche ohne Lärm geht nicht. – Günstiges CO₂-freies Benzin könnte eine Alternative darstellen. Das müssen wir bearbeiten; wir haben aber keine Zeit mehr, um so weiterzumachen, als wäre nichts passiert.

Abschließend noch zur Europawahl. Während der Ratspräsidentschaft können wir im Rat nicht sehr viel vorbereiten. Das ist ein Thema des Europäischen Parlaments, wo es gut organisiert wird. Das Trio Spanien, Belgien und Ungarn ist dafür im Rat verantwortlich, aber es wird vom Europaparlament koordiniert. Die haben schon viel Erfahrung.

Bei den Wahlprozessen könnten wir noch über Reformen nachdenken; sie werden in jedem Mitgliedstaat individuell vorbereitet. In Spanien wird wie in Deutschland an einem Sonntag, in anderen Ländern an einem Mittwoch oder Montag gewählt. Die Wahlen werden also an verschiedenen Tagen stattfinden, weil es jeder Mitgliedsstaat selbst organisiert.

Wir haben noch nicht über eventuelle Wahlreformen gesprochen. Das Konzept eines Spitzenkandidaten ist auch ein Thema. Muss man Kandidat und Mitglied des Europäischen Parlaments sein, um Präsident der Kommission zu werden? Das ist alles noch

offen, aber diese Diskussion lag in der Präsidentschaft bislang noch nicht auf dem Tisch. Gleiches gilt für die Frage, ob es Listen geben kann, die in verschiedenen Ländern gelten. Darüber hat man viel gesprochen, aber es wird momentan im Rat nicht diskutiert. Im Europaparlament gibt es hingegen schon viele Diskussionen, und ich sehe das auch eher im Parlament als bei uns im Rat.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Botschafter Martínez, Herr Generalkonsul Sunyé, vielen Dank für den sehr guten Austausch. Das war sehr spannend, hochinteressant, aktuell und auf Augenhöhe. Davon können wir einiges mitnehmen. Fingers crossed für Ihre Präsidentschaft und Ihr Dreierbündnis, dass das erfolgreich wird. Muchas gracias y buen viaje.

(Beifall)

S. E. Ricardo Martínez Vázquez (Botschafter des Königreichs Spanien in Deutschland): Ich fahre heute nach Stuttgart, morgen bin ich im Landtag und in der Staatskanzlei von Baden-Württemberg. Nächste Woche bin ich zum Tag der Deutschen Einheit in Hamburg – Peter Tschentscher ist momentan Vorsitzender des Bundesrates –, am 4. Oktober bin ich dort in der Bürgerschaft und dem Senat zu Gast. Ich war beispielsweise schon in Wiesbaden, Dresden, Erfurt, München, Potsdam und Berlin; ich lerne sehr viel und bedanke mich.

In Spanien gibt es 17 Länder, hier sind es 16. Die Sensibilitäten sind überall in Deutschland ganz verschieden, auch wenn Sie alle deutsch sind, wie wir alle Spanier sind. Wir haben aber sogar noch drei andere Sprachen, also vier insgesamt. Es ist sehr interessant, aber man muss auch zusammenkommen.

In der Botschaft und dem Generalkonsulat stehen wir für alle Ihre Fragen zur Verfügung. Vielleicht denken wir auch an Möglichkeiten, zwischen den Landesparlamenten Kontakte herzustellen und Besuche zu ermöglichen; auch das wäre interessant. Die Parlamente einiger Länder unterhalten schon Beziehungen untereinander und besuchen sich gegenseitig, sodass sie voneinander lernen können.

10 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

2 Anlagen

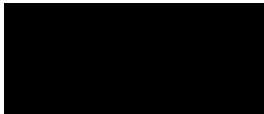
07.11.2023/10.11.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

28. August 2023

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung
am 7. September 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 7. September 2023 in Brüssel:

**TOP – Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der
EU-Fördermittel aus?**

In der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 18. August in
Bonn, antworteten Herr Liminski, Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes NRW und
Chef der Staatskanzlei, sowie Herr Dr. Mark Speich, Staatssekretär für Bundes-
und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes NRW, auf
Nachfrage der SPD-Fraktion, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales sowie das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und
Energie des Landes NRW Restrukturierungen der EU-Fördermittel für NRW
planten.

In diesem Kontext bitte ich ausführlicher auf unsere mündlich gestellten
Fragen schriftlich zu antworten:

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Die Europäische Kommission hat am 20.06.2023 eine Mitteilung zur Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 angenommen. Wie bewertet das die Landesregierung?
- Plant die Landesregierung ebenfalls Änderungen bzw. eine Revision der EU-Förderprogramme bzw. Operationellen Programme für NRW?
- Inwiefern plant die Landesregierung die EU-Fördermittel umzustrukturieren? Was genau wird sich ändern? Welche Fonds und welche Häuser sind betroffen?
- Entscheiden die jeweiligen Ministerien über die Umstrukturierung oder wird dieser Prozess zentral von der Regierung gesteuert?
- Hat die Umstrukturierung zur Folge, dass andere Zielgruppen davon profitieren? Wenn ja, welche und welche werden in der Folge weniger Fördermittel erhalten? Wird sich die Umstrukturierung auf die Stadt-Land-Verteilung auswirken? Wenn ja, inwiefern?
- Wann wird die Landesregierung ihre Pläne vorstellen und ab wann sollen sie greifen?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

15. September 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 26. September 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 26. September 2023:

**TOP 1 – Was folgt aus der State-of-the-Union-Rede der
Kommissionspräsidentin für NRW?**

- Wie bewertet die Landesregierung die State-of-the-Union-Rede für NRW?
- Welche Gesetzesvorhaben sind für NRW besonders wichtig bzw. welche Dossiers sollten vor der Europawahl auf EU-Ebene dringend abgeschlossen sein?
- Welche Zielvorgaben/Ergebnisse sind aus NRW-Sicht besonders wichtig bzw. wofür wird sich die Landesregierung in Brüssel stark machen?
- Hat dies Auswirkungen auf die europapolitischen Prioritäten der Landesregierung?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



TOP 2 – Fachkräftegewinnung und Anerkennung von Berufsqualifikationen

Im Gespräch mit nordrhein-westfälischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments am 6. September erfuhren die Ausschussmitglieder, dass die EU – nach unterschiedlichen Studien eine Fachkräftegewinnung von 300.000 bis 1,5 Millionen Personen jährlich bräuchte.

- Welche Gesetzesvorhaben auf EU-Ebene sind für die nordrhein-westfälischen Fachkräftebedarfe und die Realisierung einer schnelleren und einfacheren Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen besonders wichtig und inwiefern?
- Welches Fachkräftepotenzial ließe sich dadurch für NRW heben?

TOP 3 Teilnahme NRWs an der EU-Ausschreibung zur Dekodierung von Falschinformationen?

- Wird es Bewerbungen aus Nordrhein-Westfalen für die EU-Ausschreibung zur Identifizierung und Analyse der Narrative von Falschinformationen in Bezug auf den Angriff Russlands auf die Ukraine, Gender-basierte Desinformation sowie die Einflussnahme bei Wahlen geben?
- Was plant die Landesregierung, um der Demokratie-schädigenden Wirkung von Falschinformationen rund um die Europawahlen zu begegnen?

TOP 4 Repräsentanz NRWs im Vereinigten Königreich (VK) und zukünftige Forschungs Kooperation

- Inwiefern ist Nordrhein-Westfalen im Vereinigten Königreich (vor Ort) repräsentiert? War und ist NRW in den vergangenen sieben Jahren ausschließlich über die landeseigene Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft NRW.Global Business vor Ort vertreten, beantworten Sie die folgenden Fragen bitte ebenfalls.
- Mit welchem Stellenanteil und mit welcher Aufgabenbeschreibung ist der- oder diejenige im VK angestellt?



- Bitte listen Sie auf, wer mit welchem Stellenanteil unter welcher Adresse mit der Erfüllung welcher Aufgaben für NRW bzw. NRW.Global Business im VK seit dem Brexit-Referendum tätig war.
- Ab dem 1. Januar 2024 wird das Vereinigte Königreich wieder in vollem Umfang am Forschungs- und Innovationsförderprogramm der Europäischen Union Horizont Europa und an dem europäischen Erdbeobachtungsprogramm Copernicus teilnehmen. Inwiefern wird die Landesregierung die nordrhein-westfälische Forschungslandschaft dabei unterstützen, die Forschungsk Kooperation mit dem Vereinigten Königreich wieder zu stärken?

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Dies gilt auch für die zuletzt gestellte Berichts-anfrage „Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der EU-Fördermittel aus?“. Ich bitte darum, sie als regulären Punkt am 26. September auf die Tagesordnung des Ausschusses zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL